

Der aktiven Arbeitsmarktpolitik an den Kragen

Gastkommentar von Maria Rainer

Aktive Arbeitsmarktpolitik, was ist das überhaupt? Das ist Arbeitstraining am 2. Arbeitsmarkt. Das ist Berufsinformation, Beratung und Jobfinding. Das ist Unterstützung bei der Suche nach Kinderbetreuungsplätzen. Das ist Hilfe bei Problemen wie gesundheitlichen Einschränkungen, Wohnungslosigkeit, Schulden, Sucht, Überwindung verschiedenster Traumata wie Missbrauchserfahrungen oder Gewalt innerhalb und/oder außerhalb der Familie, Flucht, Stigmatisierung wegen Armut oder Langzeitarbeitslosigkeit, Wiedereinstieg in den Job nach Kinderbetreuung oder Pflege, und Arbeitslosigkeit aufgrund des Alters. Das ist ein zeitlich begrenzter Arbeitsplatz in SÖBs, GBPs oder betreuenden Einrichtungen. Das ist Förderung zur Aus-, und Weiterbildung. Das sind Sprachkurse. Kurzum: darunter versteht man alle aktiven, präventiven Maßnahmen zur Förderung besonders benachteiligter Personen am Arbeitsmarkt. Klingt gut? Könnte es bald nicht mehr geben.

Im Gegensatz dazu existiert die passive Arbeitsmarktpolitik, die keinerlei präventive Initiativen beinhaltet, sondern ausschließlich auf den suboptimalen Status Quo volljähriger Personen reagiert. Dazu gehören Lohnersatzleistungen wie Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, Bedarfsorientierte Mindestsicherung je Bundesland, Insolvenzentgelt, und Pensionsvorschuss - also Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit. Wieso soll es den Bezieher_innen erst so dreckig gehen, bis das System greift? Wieso strebt frau eine Arbeitsmarktpolitik an, die prekäre Lagen für die sozial Schwächsten vorprogrammiert? Wieviel verdienen Sie eigentlich, liebe Leser_innen? Haben Sie Rücklagen um diese in der Pension, im Notfall, aufzulösen? Wieviele Kinder müssen bei Eltern mit existentiellen Problemen aufwachsen? Und wieso verteufelt die Regierung öffentlich die Zahlungen, die in der passiven Arbeitsmarktpolitik zu leisten sind, wenn sie ultimativ passive Arbeitsmarktpolitik betreibt, während sie Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik abbaut? Man weiß es nicht. Grund dafür ist wohl himmelschreiende Inkompetenz der involvierten Minister_innen.

Die erste Aktion unserer FPÖVP Regierung, angelobt am 18.12.2017, war die Sistierung der *Aktion 20.000* per 31.12.2017, also knapp 14 Tage nach Beginn der Amtsperiode. Für mich zu interpretieren als Kampfansage an die aktive Arbeitsmarktpolitik und des weiteren an Sozialstaat und zukunftsweisende Initiativen Österreichs. Allein die Mehrdeutigkeit des Wortes ‚Sistierung‘ zeigt sehr schön, wie ambivalent sich die Regierung Kurz/Strache in der Kommunikation ihrer Entscheide ausdrückt. Sistieren kann ‚(vorläufig) einstellen‘, und ‚unterbrechen‘ bedeuten, allerdings genauso ‚unterbinden‘ und ‚aufheben‘ meinen. In diesem Fall war schnell klar, dass das Pilotprojekt zur aktiven Arbeitsmarktpolitik des Ex-Kanzlers Kern ausgesetzt ist. Am 30.06.2019 müssen die rund 4000 ‚A-20 Personen‘, also die Projektteilnehmer_innen, ihre Arbeitsplätze räumen.

Was können wir tun? Leider nicht viel. Hier trotzdem ein paar Vorschläge: wählen gehen, demonstrieren gehen, Gewerkschaftsmitglied werden, lesen, reden, diskutieren, laut sein, hartnäckig sein, und Angebote der aktiven Arbeitsmarktpolitik nutzen. Bei der Lebenshilfe im VierA Mittagessen, bei WAMS eure Klamotten besorgen, bei Ho&Ruck Möbel oder Küchenausstattung kaufen. Und im Zweifelsfall, für alle angebotenen Services in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik hier nachsehen: www.arbeitplus.at/datenbank

Maria Rainer

Arbeitet als Bereichsleitung in einem Sozialökonomischen Betrieb. Sie ist Radiomacherin bei FREIRAD (u.a. Mitarbeit bei den Sendungen *Cazzate Varie* und *Tacheles*). Seit August produziert sie ihre erste eigene Sendung *Arbeitswelten*.

Erschienen in der FREIRAD-Programmzeitung Oktober-Dezember 2018